

Mal wieder die Produktionsverhältnisse ändern

HARALD WELZER

Der im Stalinismus zum Tode verurteilte und 1938 hingerichtete sowjetische Ökonom Nikolai Kondratieff, der die Theorie aufgestellt hatte, dass die kapitalistische Entwicklung jeweils in Zyklen von etwa 50 bis 60 Jahren verläuft, hat unter anderem, wie Alexander Kluge vermerkt, die folgenden Notizen hinterlassen:

- Die meisten Organisationen, in denen sich Menschen kollektiv wehren können, besitzen keine eigene Produktionsstruktur. Im Ernstfall sind sie erpressbar.
- Wir müssen nach Organisationen der Solidarität suchen, die eine eigene Produktionsstruktur besitzen. Es gibt sie. In ihnen können Menschen sich nicht nur verteidigen, sondern (ohne ein System direkt anzugreifen) autonome Alternativen dagegensetzen. Nicht Utopie, sondern Heterotopie.

Autonome Strukturen von Produktion und Konsumtion schaffen

Bloßer Protest wird entweder ein Modernisierungsfaktor (wie die Transformation der grünen Bewegung von einer gesellschaftlichen in eine technokratische zeigt) oder er bleibt völlig ohne Wirkung (wie sich etwa an Occupy oder dem Protest gegen die Überwachungsindustrie sehen lässt). Ohne Autonomie mittels einer eigenen Struktur von Produktion und Konsumtion bleiben Protestbewegungen von den gegebenen Produktionsverhältnissen abhängig. Gegenbewegungen zum zerstörerischen Prinzip kapitalistischer Wachstumswirtschaft können sich nicht auf Aufklärung, Protest und Argumente beschränken, sondern müssen der bestehenden Ökonomie, Politik und Alltagskultur eine andere entgegenstellen. Dies ist natürlich nicht als Masterplan zu denken, sondern als eine Kombination aus zahlreichen unterschiedlichen Reallaboren einer anderen wirtschaftlichen und kulturellen Praxis. Und selbstverständlich geht es dabei nicht darum, dass alle alles machen: Diejenigen, die anders wirtschaften, müssen das nicht theoretisieren und für die politische Kommunikation zugänglich machen; das können andere übernehmen, die sich

aber als Teil derselben Bewegung verstehen. Dies sind Baustellen der Verfertigung einer politischen Gegengeschichte, die in ihrer Heterotopie und Kombinatorik machtvoll wird.

Die Politik einer Postwachstumsbewegung muss, erstens, das vorgeblich alternativlose „business as usual“ als lediglich eine unter vielen Möglichkeiten des Wirtschaftens erkennbar werden lassen, zweitens, die Praxiserfahrungen der heterotopen Reallabore zu größeren Strategien zusammensetzen und, drittens, zu einer Theorie des Transformierens moderner Gesellschaften zusammenfügen. Genau die braucht man nämlich, um ein politisches Gegenprogramm zur Verheißungsgeschichte der Wachstumswirtschaft zu formulieren und attraktiv zu machen.

Es bedarf nicht nur argumentativer Begründungen, weshalb man sein Leben und die Überlebensgrundlage der Gesellschaft verändern sollte, sondern gelebter und erzählter Geschichten, in denen nachvollziehbar ist, wie das geht und was man davon hat (vgl. hierzu Giesecke in diesem Heft). Auf diese Weise werden Geschichten auch zu Generatoren einer sozialen Bewegung: Man lernt, dass man längst schon Teil eines höchst praktischen Veränderungsprozesses ist, wenn man selbst beginnt, sich ebenfalls auf den Weg zu machen. Schließlich lassen sich die einzelnen Geschichten zu einer Gegengeschichte zusammenfügen, die der großen Erzählung von kultureller Expansion, Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt entgegengestellt werden kann. Ohne eine solche Gegengeschichte erzählt sich diese längst schal und falsch gewordene Erfolgsgeschichte der kapitalistischen Moderne in ihren Produkten und Infrastrukturen immer weiter fort und erscheint so alternativlos, wie sie zu sein behauptet. Diese Gegengeschichte ist umgekehrt der Kern, um den sich eine soziale Bewegung für eine andere Moderne kristallisieren kann.

Praktiken des Widerstands entwickeln

Und was besonders wichtig ist, aber auch besonders gern vergessen wird: Eine politische Bewegung entwickelt sich über eine Praxis des Wider-

stands, dem beharrlichen Durchstehen von Konflikten, der Schwächung der Selbstgewissheit der bestehenden Verhältnisse durch ihre fortgesetzte Perforierung und Unterminierung. Deshalb ist die Veränderung von Gesellschaft niemals eine theoretische Angelegenheit, sondern immer auch die einer gelebten Gegenpraxis, in der man sich selbst schon als Teil eines Veränderungsprozesses erleben kann. Die erstaunlich erfolgreiche Gemeinwohlökonomiebewegung, der sich schon mehr als 1500 Unternehmen angeschlossen haben, definiert als Ziel wirtschaftlichen Handelns die Erhöhung des Gemeinwohls, nicht des privaten Profits – was einstweilen sehr friedlich daherkommt, aber de facto auf einen starken praktischen Konflikt mit der vorherrschenden wirtschaftlichen Praxis hinausläuft. Noch radikaler geht die „Fossil Fuel Divestment“-Kampagne des amerikanischen Umweltaktivisten Bill McKibben vor, die von der simplen, aber höchst brisanten Überlegung ausgeht, dass man ganzen Branchen die Geschäftsgrundlage entziehen kann, wenn man sein Geld dort herausnimmt. Das ergibt schon auf der Ebene privater Geldanlagen eine nicht unbeträchtliche Summe, gewinnt aber ganz erhebliches Gewicht, wenn die Stiftungsvermögen amerikanischer Colleges und Universitäten, die Vermögen kirchlicher Organisationen und die Haushalte von Kommunen nicht mehr dort investiert werden, wo damit künftige Überlebensgrundlagen zerstört werden.

Der Erfolg der Kampagne, die übrigens einen erfolgreichen historischen Vorläufer im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika hat, ist frappierend: Mittlerweile gibt es an fast 400 amerikanischen Schulen, Colleges und Universitäten entsprechende Initiativen, vier Colleges und zehn Städte, darunter Seattle und San Francisco, divestieren bereits. In Europa, wohin die Kampagne sich jetzt ausbreitet, hat sich gerade das University College London angeschlossen, und man muss nur an die Summe der Stiftungsvermögen hierzulande denken, um zu ermessen, wie viel Kapital den Falschen entzogen werden kann. Naomi Klein hat jüngst dargestellt, dass es gerade kapitalstarke Nichtregierungsorganisationen wie der World


Wide Fund For Nature (WWF) oder die Bill & Melinda Gates Foundation sind, die ihr Vermögen etwa in der Mineralölindustrie, bei Rohstoffhändlern oder Agrarmultis anlegen, also genau dort, wo angerichtet wird, was die Stiftungen heilen wollen. Wenn auch Vermögen dieser Größenordnung umgesteuert würden, wozu natürlich öffentlicher Druck nötig ist, würde dies das Geschäftsmodell der Zerstörungswirtschaft schon erheblich treffen. Besonders dann, wenn man ganz klassisch kapitalistisch denkt und in Rechnung stellt, dass die von Divestment betroffenen Unternehmen auch für diejenigen keine gute Anlage mehr dar-

stellen, denen völlig egal ist, auf welche Weise ihre Renditen zustande kommen.

Auch aus dieser Sicht erschließt sich, dass Kondratieff wohl recht hatte: Gesellschaftliche Veränderung geschieht nicht im Modus des Entwurfs und seiner argumentativen Durchsetzung, schon gar nicht im herrschaftsfreien Diskurs, an dessen Ende die Gegenseite aus besserer Einsicht heraus aufgibt. Das wird nicht passieren. Sondern sie geschieht im Modus einer praktischen Politik der Veränderung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in dem Menschen neue Erfahrungen mit sich selbst machen. ■

AUTOR

HARALD WELZER, Dr. habil, ist Professor an der Europa-Universität Flensburg und Universität Sankt Gallen sowie Direktor der Stiftung FUTUR-ZWEI.

 welzer@futura2wei.org